

BremBUG [Bremisches
Bildungsurlaubsgesetz]

Verkündungsstand: 27.12.1998in BRE
Kraft ab: 01.04.2010

Inhaltsübersicht

- § 1 Grundsatz
- § 2 Geltungsbereich
- § 3 Anspruch auf Bildungsurlaub
- § 4 Verbot der Benachteiligung
- § 5 Verhältnis zu anderen Ansprüchen
- § 6 Wartezeit
- § 7 Zeitpunkt des Bildungsurlaubs
- § 8 Gewährung des Bildungsurlaubs
- § 9 Fortzahlung des Arbeitsentgelts
- § 10 Anerkennung von Bildungsveranstaltungen
- § 11 Unabdingbarkeit
- § 12 Zuschußgewährung
- § 13 Inkrafttreten

BremBUG [Bremisches
Bildungsurlaubsgesetz]

Verkündungsstand: 27.12.1998in BRE
Kraft ab: 01.04.2010

Bremisches Bildungsurlaubsgesetz (BremBUG)^[1]

Vom 18. Dezember 1974

(Brem.GBl. S. 348)

Sa BremR 223-i-1

Zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndG vom 23. 3. 2010 (Brem.GBl. S. 269)

Lfd. Nr.	Änderndes Gesetz	Datum	Fundstelle	Betroffen	Hinweis
1.	Art. 3 G zur Änderung und Ergänzung dienstrechtlicher Vorschriften und des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes	21. 5. 1985	Brem.GBl. S. 97		
2.	Art. 3 G zur Änderung von Weiterbildungsvorschriften	18. 6. 1996	Brem.GBl. S. 127		
3.	Art. 3 Viertes G zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch	22. 12. 1998	Brem.GBl. S. 351	§§ 1, 10	mWv 29. 12. 1998
4.	Art. 7 Bremisches G zur Gleichstellung von Menschen	18. 12. 2003	Brem.GBl. S. 413	§ 2	mWv 24. 12. 2003

Lfd. Nr.	Änderndes Gesetz	Datum	Fundstelle	Betroffen	Hinweis
	mit Behinderung und zur Änd. anderer G				
5.	Art. 1 ÄndG	23. 3. 2010	Brem.GBl. S. 269	Titel, §§ 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11	mWv 1. 4. 2010

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

[¹] Titel geänd. mWv 1. 4. 2010 durch G v. 23. 3. 2010 (Brem.GBl. S. 269).

BremBUG [Bremisches Bildungsurlaubsgesetz] Verkündungsstand: 27.12.1998in BRE
Kraft ab: 01.04.2010

§ 1 [¹] Grundsatz

(1) Bildungsurlaub dient der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung im Sinne der §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Weiterbildung im Lande Bremen und von § 13 Absatz 2 und 3 des Bremischen Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetzes.

(2) Durch die Gewährung von Bildungsurlaub nach Maßgabe dieses Gesetzes soll Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unter Fortzahlung des Arbeitsentgeltes die Teilnahme an anerkannten Bildungsveranstaltungen ermöglicht werden.

[¹] § 1 neu gef. mWv 1. 4. 2010 durch G v. 23. 3. 2010 (Brem.GBl. S. 269).

BremBUG [Bremisches Bildungsurlaubsgesetz] Verkündungsstand: 27.12.1998in BRE
Kraft ab: 01.04.2010

§ 2 [¹] Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt

1.für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Beschäftigungsverhältnisse ihren Schwerpunkt in der Freien Hansestadt Bremen haben,

2.für Personen, die zu Beginn der Teilnahme an Bildungsveranstaltungen nach diesem Gesetz nicht Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind und die seit mindestens sechs Monaten ihren Wohnsitz in der Freien Hansestadt Bremen haben, nach Maßgabe des § 12.

(2) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes sind auch

1.die zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten,

2.die in Heimarbeit Beschäftigten und die ihnen Gleichgestellten sowie sonstige Personen, die wegen ihrer wirtschaftlichen Unselbstständigkeit als arbeitnehmerähnliche Personen anzusehen sind,

3.Menschen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen oder für diese Einrichtungen in Heimarbeit tätig sind.

(3) ¹Ein Beschäftigungsverhältnis hat seinen Schwerpunkt in der Freien Hansestadt Bremen, wenn die oder der Beschäftigte in einem in der Freien Hansestadt Bremen ansässigen Betrieb

eingegliedert ist oder von einem solchen Betrieb angewiesen wird oder wenn die oder der Beschäftigte in einer Dienststelle im Bereich der Freien Hansestadt Bremen tätig ist. ²Die Beschäftigungsverhältnisse von Seeleuten haben im Sinne dieses Gesetzes ihren Schwerpunkt in der Freien Hansestadt Bremen, wenn sich

1.der Sitz des Reeders, der Partenreederei, des Korrespondentreeders oder des Vertragsreeders im Lande Bremen befindet oder

2.der Heimathafen des Schiffes in der Freien Hansestadt Bremen befindet und das Schiff die Bundesflagge führt.

(4) Dieses Gesetz gilt vorbehaltlich einer anderen Regelung nicht für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter.

[¹] § 2 Abs. 4 neu gef. durch G v. 21. 5. 1985 (Brem.GBl. S. 97); Abs. 2 Nr. 4 angef. mWv 24. 12. 2003 durch G v. 18. 12. 2003 (Brem.GBl. S. 413); Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 3 Sätze 1 und 2 sowie Abs. 4 geänd., Abs. 2 neu gef. mWv 1. 4. 2010 durch G v. 23. 3. 2010 (Brem.GBl. S. 269).

BremBUG [Bremisches
Bildungsurlaubsgesetz]

Verkündungsstand: 27.12.1998in
Kraft ab: 01.04.2010

BRE

§ 3 [¹] Anspruch auf Bildungsurlaub

(1) Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat innerhalb eines Zeitraums von zwei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren Anspruch auf Gewährung eines bezahlten Bildungsurlaubs von zehn Arbeitstagen.

(2) ¹Wird regelmäßig an mehr oder weniger als fünf Tagen in der Woche gearbeitet, so erhöht oder verringert sich der Bildungsurlaub entsprechend. ²Bruchteile eines Tages werden zugunsten der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers aufgerundet.

(3) Ein Anspruch auf Gewährung von Bildungsurlaub gegen einen späteren Arbeitgeber besteht nicht, soweit die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer für den laufenden Zweijahreszeitraum bereits von einem früheren Arbeitgeber Bildungsurlaub erhalten hat.

[¹] § 3 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 geänd. sowie Abs. 3 neu gef. mWv 1. 4. 2010 durch G v. 23. 3. 2010 (Brem.GBl. S. 269).

BremBUG [Bremisches
Bildungsurlaubsgesetz]

Verkündungsstand: 27.12.1998in
Kraft ab: 01.04.2010

BRE

§ 4 [¹] Verbot der Benachteiligung

Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer dürfen wegen Inanspruchnahme des Bildungsurlaubs nicht benachteiligt werden.

[¹] § 4 geänd. mWv 1. 4. 2010 durch G v. 23. 3. 2010 (Brem.GBl. S. 269).

BremBUG [Bremisches
Bildungsurlaubsgesetz]

Verkündungsstand: 27.12.1998in
Kraft ab: 01.04.2010

BRE

§ 5 [¹] Verhältnis zu anderen Ansprüchen

(1) Freistellungen zur Teilnahme an Bildungsveranstaltungen, die auf anderen Gesetzen, tarifvertraglichen Vereinbarungen, betrieblichen Vereinbarungen und Einzelverträgen beruhen, können auf den Freistellungsanspruch nach diesem Gesetz nur dann angerechnet werden, wenn sie der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer uneingeschränkt die Erreichung der in § 1 dieses Gesetzes niedergelegten Ziele ermöglichen und wenn in den betreffenden Vereinbarungen oder Verträgen die Anrechenbarkeit ausdrücklich vorgesehen ist.

(2) Der gesetzlich, tariflich oder arbeitstariflich festgelegte Erholungsurlaub oder sonstige Freistellungen dürfen nicht auf die Zeit angerechnet werden, für die die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer zur Teilnahme an anerkannten Bildungsveranstaltungen Bildungsurlaub erhält.

[¹] § 5 Abs. 1 und 2 geänd. mWv 1. 4. 2010 durch G v. 23. 3. 2010 (Brem.GBl. S. 269).

BremBUG [Bremisches
Bildungsurlaubsgesetz]

Verkündungsstand: 27.12.1998in
Kraft ab: 01.04.2010

BRE

§ 6 [¹] Wartezeit

Eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer erwirbt den Freistellungsanspruch für den laufenden Zweijahreszeitraum im Sinne von § 3 Abs. 1 erstmalig nach sechsmonatigem Bestehen seines Beschäftigungsverhältnisses.

[¹] § 6 geänd. mWv 1. 4. 2010 durch G v. 23. 3. 2010 (Brem.GBl. S. 269).

BremBUG [Bremisches
Bildungsurlaubsgesetz]

Verkündungsstand: 27.12.1998in
Kraft ab: 01.04.2010

BRE

§ 7 [¹] Zeitpunkt des Bildungsurlaubs

(1) ¹Der Zeitpunkt des Bildungsurlaubs richtet sich nach den Wünschen der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers. ²Die Inanspruchnahme und der Zeitraum des Bildungsurlaubs sind dem Arbeitgeber in der Regel vier Wochen vor Beginn mitzuteilen.

(2) ¹Der Bildungsurlaub zu dem von der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer beantragten Zeitpunkt kann nur abgelehnt werden, wenn zwingende betriebliche Belange oder Urlaubswünsche anderer Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer, die unter sozialen Gesichtspunkten den Vorrang verdienen, entgegenstehen. ²Der Arbeitgeber ist verpflichtet, der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer so frühzeitig wie möglich, in der Regel innerhalb einer Woche, mitzuteilen, ob Bildungsurlaub gewährt wird.

(3) ¹Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen im schulischen Bereich und sonstige Lehrkräfte sowie Professorinnen und Professoren und andere an Hochschulen hauptberuflich selbstständig Lehrende können den Bildungsurlaub nur während der unterrichtsfreien oder veranstaltungsfreien Zeit nehmen. ²Im Übrigen gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

(4) ¹Der Bildungsurlaub ist während des laufenden Zweijahreszeitraums zu gewähren. ²Er kann nicht übertragen werden.

(5) Erkrankt eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer während des Bildungsurlaubs, so werden die durch ärztliches Zeugnis nachgewiesenen Tage der Arbeitsunfähigkeit auf den Bildungsurlaub nicht angerechnet.

[¹] § 7 neu gef. mWv 1. 4. 2010 durch G v. 23. 3. 2010 (Brem.GBl. S. 269).

BremBUG [Bremisches
Bildungsurlaubsgesetz]

Verkündungsstand: 27.12.1998in BRE
Kraft ab: 01.04.2010

§ 8 ^[1] Gewährung des Bildungsurlaubs

(1) Bildungsurlaub wird nur für anerkannte Bildungsveranstaltungen von mindestens einem Tag Dauer gewährt.

(2) ¹Die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer ist verpflichtet, dem Arbeitgeber auf Verlangen die Anmeldung zur Bildungsveranstaltung und die Teilnahme an der Bildungsveranstaltung nachzuweisen. ²Die für den Nachweis erforderlichen Bescheinigungen sind der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer von dem Träger der Bildungsveranstaltung kostenlos auszustellen. ³Der Arbeitgeber ist verpflichtet, der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer auf Verlangen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine Bescheinigung über die im laufenden Zweijahreszeitraum gewährte Freistellung auszuhändigen.

(3) Während des Bildungsurlaubs darf die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer keine dem Zwecke dieses Gesetzes zuwiderlaufende Erwerbstätigkeit ausüben.

[¹] § 8 neu gef. mWv 1. 4. 2010 durch G v. 23. 3. 2010 (Brem.GBl. S. 269).

BremBUG [Bremisches
Bildungsurlaubsgesetz]

Verkündungsstand: 27.12.1998in BRE
Kraft ab: 01.04.2010

§ 9 ^[1] Fortzahlung des Arbeitsentgelts

(1) ¹Bildungsurlaub wird vom Arbeitgeber ohne Minderung des Arbeitsentgeltes gewährt. ²Das fortzuzahlende Entgelt für die Zeit des Bildungsurlaubs wird entsprechend den Bestimmungen des Bundesurlaubsgesetzes berechnet. ³Günstigere vertragliche Regelungen bleiben unberührt.

(2) Die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer muss denjenigen Betrag an den Arbeitgeber abführen, den sie oder er wegen ihrer oder seiner Teilnahme an der Bildungsveranstaltung von dem Träger der Bildungseinrichtung oder von anderer Seite als Beihilfe oder Zuschuss aufgrund anderer Bestimmungen erhalten hat, soweit dieser Betrag als Ersatz für Einkommensverluste gezahlt wird.

[¹] § 9 Abs. 1 Satz 2 geänd., Abs. 2 neu gef. mWv 1. 4. 2010 durch G v. 23. 3. 2010 (Brem.GBl. S. 269).

BremBUG [Bremisches
Bildungsurlaubsgesetz]

Verkündungsstand: 27.12.1998in BRE
Kraft ab: 01.04.2010

§ 10 ^[1] Anerkennung von Bildungsveranstaltungen

(1) Bildungsurlaub im Sinne dieses Gesetzes kann nur für Bildungsveranstaltungen beansprucht werden, die von der zuständigen Behörde anerkannt sind.

(2) ¹Veranstaltungen von Einrichtungen, die nach § 4 des Gesetzes über die Weiterbildung im Lande Bremen anerkannt sind, gelten als anerkannt, wenn sie den Anforderungen von § 8 Absatz 1 entsprechen. ²Das gleiche gilt für Veranstaltungen von anerkannten Trägern der Jugendbildung und der Familienbildung, die nach dem Bremischen Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetz durchgeführt werden.

(3) Veranstaltungen von Einrichtungen, die nicht nach dem Gesetz über die Weiterbildung im Lande Bremen oder dem Bremischen Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetz

anerkannt sind, werden anerkannt, wenn

- 1.sie ausschließlich der Weiterbildung im Sinne von § 1 dienen,
- 2.sie jedermann offenstehen und die Teilnahme an ihnen freigestellt ist,
- 3.die Einrichtungen bzw. ihre Träger Leistungen nachweisen, die nach *Inhalt*^[2], Ort, Qualität und Umfang eine Anerkennung rechtfertigen und
- 4.sie den Anforderungen von § 8 Abs. 1 entsprechen.

(4) ¹Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung^[3] die zur Ausführung der Absätze 1 bis 3 erforderlichen Vorschriften, insbesondere Vorschriften über die Zuständigkeit und über das Anerkennungsverfahren, zu erlassen. ²Dabei kann der Senat auch bestimmen, daß andere als die in Absatz 2 genannten Veranstaltungen als anerkannt gelten, z.B. Veranstaltungen einer anderen Landesregierung, der Bundesregierung oder der Bundesagentur für Arbeit.

[1] § 10 Abs. 2 Satz 1 neu gef. durch G v. 18. 6. 1996 (Brem.GBl. S. 127), Abs. 2 Satz 2 neu gef. und Abs. 3 einl. Satzteil geänd. durch G v. 22. 12. 1998 (Brem.GBl. S. 351); Abs. 2 Satz 1 neu gef., Abs. 3 einl. Satzteil, Nr. 1, Nr. 3 und Nr. 4 geänd., Abs. 4 aufgeh., bish. Abs. 5 wird Abs. 4 und Satz 2 geänd. mWv 1. 4. 2010 durch G v. 23. 3. 2010 (Brem.GBl. S. 269).

[2] Richtig wohl: „Inhalt,“.

[3] Vgl. „VO über die Anerkennung von Bildungsveranstaltungen nach dem Bremischen Bildungsurlaubsgesetz“ v. 24. 1. 1983 (Brem.GBl. S. 3).

BremBUG [Bremisches
Bildungsurlaubsgesetz]

Verkündungsstand: 27.12.1998in
Kraft ab: 01.04.2010

BRE

§ 11 ^[1] Unabdingbarkeit

Von den vorstehenden Bestimmungen darf nicht zuungunsten der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers abgewichen werden.

[1] § 11 geänd. mWv 1. 4. 2010 durch G v. 23. 3. 2010 (Brem.GBl. S. 269).

BremBUG [Bremisches
Bildungsurlaubsgesetz]

Verkündungsstand: 27.12.1998in
Kraft ab: 01.04.2010

BRE

§ 12 Zuschußgewährung

(1) Personen im Sinne von § 2 Abs. 1 kann in besonderen Härtefällen im Rahmen der im Haushalt festzulegenden Höhe der Gesamtförderung nach diesem Gesetz auf Antrag ein besonderer Zuschuß gewährt werden zur Deckung der Kosten, die durch die Teilnahme an Bildungsveranstaltungen entstehen.

(2) Die Vorschriften der §§ 1, 3, 8 und 10 gelten entsprechend.

(3) ¹Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Vorschriften über die Zuschußgewährung zu erlassen. ²Zuschüsse können solche Personen erhalten, die unter Berücksichtigung des Gesamteinkommens der Familie aus finanziellen Gründen an der Teilnahme von Weiterbildungsveranstaltungen gehindert sein würden.

BremBUG [Bremisches

Verkündungsstand: 27.12.1998in

BRE

§ 13 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1975 in Kraft.
